HANDREICHUNG

SCHUTZ VON GEFÄHRDETEN FORSCHENDEN VOR TRANSNATIONALER REPRESSION

Stand: 10.12.2025

Vorwort

Schutzprogramme wie die Philipp Schwartz-Initiative unterstützen Forschende, die infolge bewaffneter Konflikte, aber insbesondere auch infolge politisch oder anderweitig motivierter individueller Verfolgung erheblichen persönlichen Risiken ausgesetzt sind. In manchen Fällen kann sich die Risikolage betroffener Personen allein dadurch weiter verschärfen, dass ein Kontakt mit Schutzprogrammen oder Institutionen, die sich für ihre Unterstützung und Aufnahme einsetzen, bekannt wird. Auch wenn Wissenschaftler*innen das direkte Umfeld einer Bedrohungslage – zum Beispiel mithilfe der Philipp Schwartz-Initiative – verlassen haben, können sie weiterhin mit Repressionen konfrontiert sein. Um diese Risiken zu adressieren und Empfehlungen zu geben, wie mit ihnen umgegangen werden kann, stellt die Alexander von Humboldt-Stiftung diese Handreichung zur Verfügung.

Die hier aufgeführten Informationen und Empfehlungen sind unverbindlich. Dennoch empfehlen wir dringend, sie in der Kommunikation mit gefährdeten Forschenden sowie über gefährdete Forschende zu berücksichtigen. Selbstverständlich kann auch eine geschützte Kommunikation und ein Befolgen aller Empfehlungen keine einhundertprozentige Sicherheit garantieren. Ein sensibler Umgang mit Risiken kann jedoch im Einzelfall die Sicherheit für eine*n gefährdete*n Forschende*n entscheidend erhöhen.

Was ist transnationale Repression?

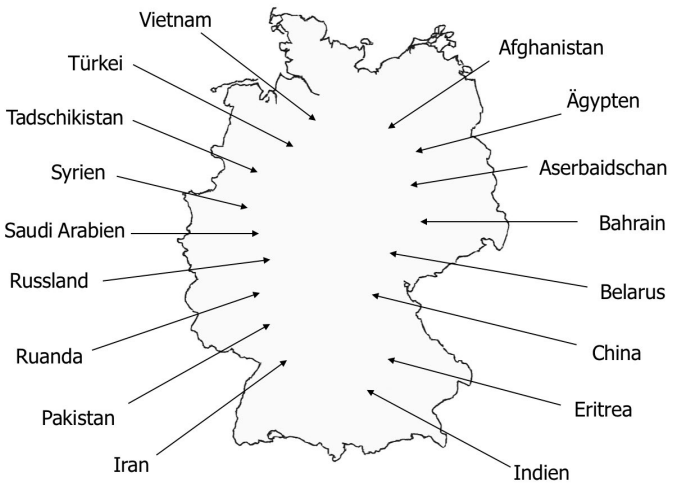
Verfolgt und überwacht ein Staat in anderen Ländern lebende politische Exilant*innen und Migrant*innen, so bezeichnet man dies als transnationale Repression. Die grenzüberschreitende Unterdrückung hat zum Ziel, Oppositionelle und Kritiker*innen in der Diaspora zu kontrollieren, politische Organisation und Mobilisierung zu unterbinden sowie eine Beeinflussung der Öffentlichkeit im Aufenthaltsland zu verhindern.

Transnationale Repression ist ein weltweites Phänomen. In Reaktion auf globale Mobilität, Migration und Vernetzung durch digitale Kommunikation sind autoritäre Regierungen vermehrt bestrebt, ihre politische Macht bis in vermeintlich sichere Drittstaaten auszuweiten. Laut Studien der US-amerikanischen NGO Freedom House haben 48 Staaten im Zeitraum von 2014

bis 2024 ihre im Ausland lebenden Bürger*innen mit Methoden wie Mordversuchen, Entführungen, körperlichen Angriffen und Auslieferungsforderungen bedroht. Jenseits solcher physischen Eingriffe nutzen autoritäre Staaten aber auch ein breites Spektrum mehr oder minder subtiler Repressalien:

- Missbrauch von Haftgesuchen (“Rotecken”) bei Interpol und anderer internationaler Amtshilfen
- Widerruf und Stornierung von Reisepässen und Ausweisdokumenten
- Erpressung und Angriffe durch Botschaftspersonal
- Druck auf Familienangehörige im Herkunftsland
- Belästigung, Spionage und Angriffe durch in Deutschland lebende Regierungsanhänger
- Digitale Überwachung und Ausspähung von Internetkommunikation
- Drohungen, Hetze und Diffamierung in sozialen Medien
- Angriffe auf E-Mail-Konten und andere Accounts

Deutschland steht als Einwanderungsland, größter Mitgliedstaat der EU und zunehmend wichtiger sicherheits- und außenpolitischer Akteur im Fokus vieler Regierungen, die transnationale Repression begehen. In den vergangenen zehn Jahren haben mindestens 17 Staaten ihre in Deutschland lebenden Bürger*innen und andere Menschen in Diasporagemeinschaften bedroht. Dabei nutzten sie die gesamte Bandbreite bekannter Methoden.



Deutschland als Brennpunkt transnationaler Repression
Eigene Darstellung mit Daten von Freedom House, Bundesamt für Verfassungsschutz, Koalition gegen transnationale Repression.

Das Thema transnationale Repression erfährt zunehmend politische Aufmerksamkeit. Die Gruppe der G7-Staaten verurteilt transnationale Repression als aggressive Form der ausländischen Einflussnahme und koordiniert Gegenmaßnahmen über den neu geschaffenen "Rapid Response Mechanism". Das Europäische Parlament sowie das VN-Hochkommissariat für Menschenrechte unterstreichen jeweils die besonderen Risiken für Menschenrechtsverteidiger*innen, die aus der grenzüberschreitenden Bedrohung und Verfolgung durch autoritäre Staaten entstehen.

Auch die Bundesregierung sucht verstärkt nach Antworten auf transnationale Repression. Im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium des Innern koordinieren Mitarbeitende mögliche Gegenmaßnahmen. Eine angestrebte Gesetzesänderung soll eine umfassendere strafrechtliche Verfolgung ermöglichen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht seit 2023 in seinem alljährlichen Bericht speziell auf transnationale Repression in Deutschland ein. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene setzt sich zudem die 2024 gegründete "Koalition gegen transnationale Repression in Deutschland" für einen stärkeren Schutz von Betroffenen ein.

Transnationale Repression macht auch vor Universitäten nicht halt. Über internationale Partnerschaften, Forschungsförderung, Stipendienprogramme und Studierendenvereine können autoritäre Staaten versuchen, Einfluss auf Lehrpläne, Forschung oder einzelne Wissenschaftler*innen und Studierende auszuüben. Auch Überwachung durch systemtreue Studierende und Druck auf Familien im Herkunftsland werden genutzt, um als zu kritisch wahrgenommene Aktivitäten und Veranstaltungen an Universitäten zu verhindern. In Deutschland sind solche externen Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit bislang nur unzureichend dokumentiert. Doch sind auch hier Fälle der versuchten Einflussnahme und Einschüchterung bekannt.

Bei den Betroffenen führt die Verfolgung durch den autoritären Herkunftsstaat zu Unsicherheit, Stress und sozialer Isolation. Sie reagieren mit Selbstzensur, ziehen sich aus der Öffentlichkeit zurück, reduzieren zivilgesellschaftliches und politisches Engagement. Bedrohungen wirken über die unmittelbare Zielperson hinaus und können innerhalb ganzer Auslandsgemeinden Angst und Misstrauen verbreiten. Transnationale Repression stellt damit einen wesentlichen Eingriff in die Menschenrechte und das persönliche Sicherheitsempfinden der Betroffenen dar. Zudem beeinträchtigt die Einmischung autoritärer Regime die nationale Souveränität Deutschlands, unterwandert die Rechtsstaatlichkeit sowie freie Meinungs- und Willensbildungsprozesse, im Bereich der Universität speziell die Wissenschaftsfreiheit.

Ganzheitlicher Schutz für gefährdete Forschende in Deutschland

Das Problem der transnationalen Repression verdeutlicht, dass gefährdete Wissenschaftler*innen mit ihrer Ankunft auf deutschem Territorium nicht gänzlich vor politischer Verfolgung geschützt sind. Philipp Schwartz Fellows bleiben auf vielfältige Art mit dem politischen Kontext ihres Herkunftslandes verbunden. Dadurch entstehen Risiken.

Deutschland und sein Rechtsstaat bieten grundlegenden Schutz gegen Angriffe auf Leib und Leben von Exilant*innen. Bei politisch motivierten, akuten Bedrohungen ermittelt der polizeiliche Staatsschutz, in einzelnen Fällen wurden Betroffene unter Personenschutz gestellt. Bei Verdacht auf Verfolgung und mögliche tätliche Bedrohung sollte rechtzeitig das zuständige Landeskriminalamt informiert werden. Zusätzlich zu körperlicher Unversehrtheit jedoch sollten auch digitale Sicherheit und psychisches Wohlbefinden Teil von Schutzkonzepten sein. Alle drei Bereiche sind eng miteinander verknüpft und müssen im Zusammenhang betrachtet werden.

Digitale Technologien bilden die Grundlage heutiger Wissensarbeit und reichen zugleich bis tief ins Privatleben hinein. Für politisch gefährdete Wissenschaftler*innen ist der Schutz sensibler Daten gegen externe Ausspähung und Zerstörung damit essentiell.

Mentales Wohlbefinden ermöglicht erst zielgerichtetes Handeln und eine berufliche wie persönliche Entfaltung. Politisch Gefährdete reagieren nach ihrer Relokalisierung teilweise mit Schuldgefühlen, da sie ihre neu gewonnene Sicherheit und Freiheit mit der Situation zurückgebliebener Kollegen oder Freunde vergleichen. Eine mögliche Reaktion ist die Kompensation durch erhöhten Arbeitseinsatz unter Vernachlässigung eigener Ressourcen. Zudem können Fellows aufgrund vorheriger Repressionserfahrungen traumatisch vorbelastet sein. Auch Angst vor Überwachung oder Sorge um die eigene Sicherheit und die von Familienangehörigen als Folge von transnationalen Bedrohungen durch den Herkunftsstaat führen zu Stress und Belastung. Im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs sollte derartigen psychosozialen Risikofaktoren frühzeitig begegnet werden.

Die Methoden transnationaler Repression und damit einhergehende Bedrohungen von Exilant*innen können abhängig vom Herkunftsland und dem Profil der Zielperson variieren. Generell sollten Universitäten Abläufe festlegen, wie mit Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen gegen Forschende umzugehen ist. Eine feste Kontaktperson sollte für eine vertrauliche Meldung von Vorfällen zur Verfügung stehen und diese dann entsprechend dokumentieren. Sinnvoll sind auch regelmäßig aktualisierte Listen mit Kontakten für psychosoziale Unterstützung, Rechtsberatung und Beratung in Fragen digitaler Sicherheit. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Hochschulen

ermöglicht es, von den Erfahrungen und bewährten Vorgehensweisen anderer Einrichtungen im Umgang mit transnationaler Repression zu lernen.

Die folgenden Empfehlungen sollen grundsätzliche Risiken und mögliche Gegenmaßnahmen aufzeigen. In akuten Fällen wird geraten, zusätzlich länderspezifische und anderweitig sicherheitsrelevante Expertise einzuholen.

Öffentliche Auftritte

Durch die Philipp Schwartz-Initiative geförderte Wissenschaftler*innen kommen nach Deutschland, um einer persönlichen Gefährdung im Herkunftsland zu entgehen und ihre wissenschaftliche Arbeit an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen fortzusetzen. Ein wesentlicher Aspekt der wissenschaftlichen Tätigkeit ist die Kommunikation nach außen und der Dialog mit der Gesellschaft. Wissenschaftler*innen, die aus von politischen Konflikten geprägten Kontexten kommen und/oder aufgrund ihrer politischen Ansichten Repressalien erfahren haben, eröffnet der Aufenthalt in Deutschland neue Möglichkeiten, sich kritisch zu den Entwicklungen in ihrem Herkunftsland zu äußern. Dies entspricht nicht nur grundgesetzlich geschützten Freiheiten und Rechten, sondern ist auch im Interesse der aufnehmenden Hochschulen sowie der Gesellschaft insgesamt, da die öffentliche Debatte somit durch neue Perspektiven bereichert wird.

Zugleich können öffentliche Auftritte die Aufmerksamkeit von staatlichen Behörden im Herkunftsland wecken und die Wissenschaftler*innen damit exponieren. Äußerungen in den sozialen Netzwerken, Interviews mit deutschen Medien oder die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen werden häufig durch Mitarbeiter*innen der Sicherheitsdienste und der jeweiligen Botschaften beobachtet und registriert. Derartige Aktivitäten können somit erste Maßnahmen transnationaler Repression auslösen, wie z. B. Drohungen per E-Mail oder Druck auf Angehörige im Herkunftsland. Diese können dann im weiteren Verlauf zu schwerwiegenden Angriffen eskalieren.

Allein das Wissen um eine solche Beobachtung durch Regimevertreter*innen aus dem Herkunftsland kann bei den Betroffenen zur Selbstzensur führen. Hier gilt es, eine Balance zwischen der Wahrung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit sowie der individuellen Sicherheit der betroffenen Wissenschaftler*innen zu finden. Einflussnahmen repressiver Staaten sollten keinesfalls hin- oder gar vorweggenommen werden. Zugleich muss die körperliche und mentale Unversehrtheit der Fellows im Vordergrund stehen. Vertreter*innen der Gastinstitution sollten Risiken offen ansprechen und mögliche Szenarien mit den Fellows diskutieren. Kommt es tatsächlich zu Bedrohungen, sollte sich die Gastinstitution klar hinter die Betroffenen stellen - im Einverständnis mit ihnen auch öffentlich. Erste „alltägliche" Repressalien wirken vor allem dann, wenn Betroffene damit allein gelassen werden und keinen Rückhalt durch ein vertrauensvolles professionelles Umfeld haben.

Druck auf Familienangehörige

Drohungen gegen Angehörige im Herkunftsland zählen zu den effektivsten Methoden transnationaler Repression. Maßnahmen reichen von einem einfachen „Besuch" durch Vertreter*innen des Sicherheitsapparats bis hin zu Inhaftierung und Folter. Betroffene stehen vor einem Dilemma: Sollen sie ihr politisches Engagement im Ausland fortsetzen oder ihre Familie in der Heimat schützen? Viele reagieren mit Selbstzensur und unterlassen bestimmte Äußerungen oder Auftritte zum Schutze ihrer Familien. Andere werden von ihren Angehörigen bedrängt, kritische Aktivitäten einzustellen. In jedem Fall stellen derartige Bedrohungen für die Betroffenen eine große Belastung dar. Daher ist der Rückhalt der Gasteinrichtungen besonders wichtig.

Interviews zeigen, dass Betroffene besser mit Bedrohungen gegen ihre Familien umgehen, wenn sie auf institutionelle Unterstützung und ein solidarisches Umfeld bauen können. Einigen erleichtert es den Umgang mit der Situation, wenn sie zu dem Schluss kommen, dass nicht sie selbst, sondern der repressive Staat ihren Familien Schaden zufügt. Im Einverständnis mit den betroffenen Wissenschaftler*innen können auch öffentliche Stellungnahmen und Hinweise auf den Eingriff in die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit Wirkung zeigen.

Digitale Risiken

Digitale Bedrohungen sind ein zentrales Mittel der grenzüberschreitenden Verfolgung. Zu den gängigsten Methoden zählen Hacking-Angriffe auf E-Mail-Konten oder soziale Medien. Diese haben zum Ziel, die Kommunikation von Dissident*innen im Exil zu überwachen, Informationen und Kontakte abzugreifen oder durch Vernichtung wichtiger Daten Schaden anzurichten. Angreifer nutzen häufig sogenannte Phishing-Nachrichten, die teilweise sehr genau auf die Interessen und das Profil der Zielpersonen zugeschnitten sind (z.B. Einladungen zu Konferenzen, Interviewanfragen o.ä.). Somit sollen diese dazu gebracht werden, einen mit Schadsoftware infizierten Anhang zu öffnen bzw. Link zu klicken. Eine weitere verbreitete Methode sind Drohungen und Diffamierungen in den sozialen Netzwerken. Vor allem Frauen sind allein aufgrund ihres Geschlechts massiven frauenfeindlichen und sexistischen Angriffen ausgesetzt. Regimeanhänger*innen und künstliche Accounts werden in großer Zahl mobilisiert, um Kritiker*innen zu diskreditieren und einzuschüchtern. Derartige Angriffe können tiefe Verunsicherung, emotionalen Stress und Angstgefühle bei den Betroffenen hervorrufen.

Um digitale Risiken zu mindern, empfiehlt es sich, den Fellows Beratung oder auch Trainings in grundlegenden Fragen digitaler Sicherheit anzubieten (sichere Passwörter, Erkennen von Phishing-Mails, Zwei-Faktor-Authentisierung von Accounts etc). Im Falle von Hetzkampagnen ist es wichtig, den Betroffenen dabei zu helfen, Distanz zu den Angriffen aufzubauen und Gegenstrategien zu entwickeln (z. B. Blocken von feindseligen Profilen, Meldung bei Plattformbetreibern, Dokumentation und ggf. rechtliche Verfolgung von Angriffen). In allen deutschen Bundesländern gibt es zivilgesellschaftliche

Organisationen und Beratungsstellen, die im Umgang mit Hate Speech qualifizierte Beratung bieten.

Kontakt zu Botschaften

Botschaften und Konsulate bilden strategische Vorposten für Maßnahmen transnationaler Repression. Botschaftsmitarbeiter*innen sammeln Informationen über die Aktivitäten von Exilant*innen, signalisieren bei öffentlichen Veranstaltungen staatliche Präsenz oder sind in Erpressungen und direkte Drohungen involviert. Im Bewusstsein dieser Risiken sollten Gastinstitutionen Fellows bei etwaigen Behördengängen auf dem Konsulat oder anderweitigen Kontakten zur Botschaft des Herkunftslandes unterstützen.

Reisen

Vor allem Reisen ins außereuropäische Ausland gehen für politisch Verfolgte mit Risiken einher. Die Behörden des Reiselandes können mit dem Herkunftsstaat im Rahmen von Amtshilfen bei Auslieferungsersuchen oder Meldungen in der Interpol-Kartei kooperieren. Abhängig vom jeweiligen Kontext sind auch direkte Bedrohungen durch den Sicherheitsapparat des Herkunftslandes wieder möglich, etwa wenn lokale Behörden derartige Aktivitäten tolerieren oder zumindest nicht verhindern. Auch Transit durch nichtdemokratische Länder oder Knotenpunkte für internationale Reisen und Migration (z.B. Türkei, Golfstaaten, Thailand) können Betroffene für Zugriffe durch den Herkunftsstaat exponieren. Bei der Planung von Konferenz- oder Forschungsreisen sollten Gastinstitutionen zusammen mit den Fellows derartige Risiken bedenken.

Kommunikation mit Bewerber*innen vor ihrer Ankunft in Deutschland

Die Regierungen in Herkunftsländern von Bewerber*innen verfügen teilweise über umfassende Fähigkeiten bei der Überwachung von Internet- und telefonischer Kommunikation. Für Wissenschaftler*innen, die wegen einer Nominierung in der Philipp Schwartz-Initiative im Kontakt mit einer deutschen Hochschule oder Forschungseinrichtung sind, könnte eine Ausspähung durch Sicherheits- und Nachrichtendienste noch im Herkunftsland eine zusätzliche Gefährdung nach sich ziehen. Die Kommunikation der deutschen Aufnahmeeinrichtung mit den Wissenschaftler*innen im Vorfeld der Nominierung ist daher unter besonderer Abwägung der Risiken entsprechend zu schützen.

Unverschlüsselter E-Mail-Verkehr birgt erhebliche Risiken, da sowohl die Inhalte der Kommunikation als auch Absender- und Empfängerinformationen im Klartext über das Internet transportiert werden. Um zumindest einen grundlegenden Schutz gegen Überwachung zu bieten, werden unten stehende Maßnahmen empfohlen. Es sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese nicht gegen eine *gezielte* Ausspähung von Kommunikationspartner*innen

schützen (z. B. über mit Spionagesoftware infizierte Computer oder Smartphones). Besteht eine solche erhöhte Gefährdung, sollten zusätzliche Schutzmaßnahmen in Betracht gezogen und Expert*innen für digitale Sicherheit konsultiert werden.

- Kommunikation über Signal: Der Messenger-Dienst Signal übermittelt Inhalte grundsätzlich verschlüsselt. Signal kann auch zum Versenden von Dokumenten verwendet werden.
  - ➔ Option „Verschwindende Nachrichten": Mit dieser Einstellung werden Nachrichten nach dem Lesen innerhalb einer bestimmten Zeitspanne unwiderruflich gelöscht. Um Risiken im Falle einer Durchsuchung von Endgeräten auf Seiten der Wissenschaftler*innen im Herkunftsland zu verringern, empfiehlt es sich, hier eine möglichst kurze Frist zu setzen (z. B. 1 Stunde).
  - ➔ Option "Anrufe immer indirekt" (*always relay calls*): Mit dieser Funktion können Audio- oder Videogespräche über Signal zusätzlich geschützt werden. Alle Anrufe werden über den Signal-Server umgeleitet und es ist nicht mehr möglich, die Anrufer einander zuzuordnen. Diese Einstellung kann die Qualität des Anrufs allerdings verschlechtern. Die Funktion ist im Menü von Signal unter Einstellungen > Datenschutz > Erweiterte Einstellungen zu finden.

- Bereitstellung von VPNs: Aufgrund von Internetzensur im Herkunftsland benötigen Bewerber*innen ggf. Zugang zu Virtuellen Privaten Netzwerken (VPNs). Diese ermöglichen es, Filterblockaden zu umgehen und sich anonym im Internet zu bewegen. Kommerzielle Anbieter wie ExpressVPN oder ProtonVPN bieten in unterschiedlichen Kontexten Schutz und Sicherheit. Lassen sich VPNs eindeutig einer deutschen Institution zuordnen (z.B. über Namen oder Logo in der Eingabemaske), besteht bei besonders gefährdeten Personen ein Restrisiko im Falle einer Beschlagnahmung und Durchsuchung des Gerätes.

- Verschlüsselung von Dokumenten: Grundsätzlich können per E-Mail versendete PDF- oder Word-Dokumente mit einem Kennwort geschützt werden. Das Passwort muss ausreichend stark sein (Länge, Verwendung von Sonderzeichen, Zahlen, Groß- und Kleinschreibung) und sollte über einen getrennten Kommunikationskanal übermittelt werden (z.B. Signal). Dieser Schritt bietet ein gewisses Maß an Sicherheit für den Inhalt der Dokumente, schützt aber nicht die E-Mail-Kommunikation zwischen Absender und Empfänger. Versierte Angreifer können zudem Sicherheitslücken in PDF-Dokumenten nutzen, um diese zu manipulieren und an Inhalte zu gelangen.

- Blockierungsmodus von iPhone: Der Blockierungsmodus bietet Nutzern von iPhones einen optionalen, starken Schutz gegen besonders invasive Cyberangriffe. Die Aktivierung reduziert die Angriffsfläche, indem

bestimmte Anwendungen und Funktionen eingeschränkt werden, so dass das Gerät ggf. nicht wie gewohnt funktioniert. Diese Option kann für Personen relevant sein, die befürchten, zum Ziel von Angriffen mit hochspezieller Spionagesoftware zu werden. Eine ähnliche Möglichkeit besteht für Nutzer von Android-Smartphones über die Funktion Advanced Protection von Google.

Herausgeberin: Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung
Autor: Dr. Marcus Michaelsen
Redaktion: Frank Albrecht (verantwortlich), Holger Radke
Kontakt: schwartz-initiative@avh.de